

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d

Inhalt

Egon Lutz MdB fordert
Verständigung der Parteien
über Alterssicherung: Gemein-
samkeit zum Nulltarif
gibt es nicht.

Seite 1

Peter Klein zur Rolle der
Kommunalpolitik in den
Anträgen für den kommen-
den SPD-Parteitag: Kom-
munalpolitik - ein wichtiger
Teil sozialdemokratischer
Reformpolitik. (Teil I)

Seite 3

Klaus Daubertshäuser MdB
verlangt tragfähige Kon-
zeption für Verkehrspoli-
tik: Dollingers Verkehrs-
politik ist gescheitert.

Seite 6

41. Jahrgang / 152

13. August 1986

Gemeinsamkeit zum Nulltarif gibt es nicht

Aber eine Verständigung der Parteien über die Sicherung der
Alterssicherung wäre von Nöten

Von Egon Lutz MdB

Obmann im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung der SPD-
Bundestagsfraktion

Die Sache mit der Gemeinsamkeit aller Parteien in der Rentenpoli-
tik wird doch wohl noch einmal genauer buchstabiert werden müs-
sen, als dies bisher in den Zeitungen zu lesen stand. Diese Gemein-
samkeit ist seitens der SPD ja keine bedingungslose. Bundesarbeits-
minister Norbert Blüm tut gut daran, dies immer einzukalkulieren,
wenn er an die Frage der langfristigen Konsolidierung der Alters-
sicherung herangeht.

Da ist zum ersten die Frage des Babyjahrs für Trümmerfrauen so
zu lösen, wie es den Geboten des Anstandes und der Menschlich-
keit entspricht. Und das heißt: Kindererziehungszeiten sind für
alle Mütter ohne Stufenplan rentensteigernd zu berücksichtigen.
Und, das hat für Sozialdemokraten sicher den gleichen Stellenwert,
es muß Abstand von dem Plan genommen werden, das Babyjahr
durch die Verewigung der Leistungsver schlechterungen in der
Arbeitslosenversicherung, also zu Lasten der Arbeitslosen, zu
finanzieren. Was aber würde Stoltenberg zu solchen Vorschlägen
sagen?

Zweitens: Wenn Blüm an die langfristige Sicherung der Renten-
finanzen geht, dann muß er wissen, daß wir Sozialdemokraten
nur mitmachen werden, wenn dies mit einer sauberen Risiko-
zuweisung im sozialen Sicherungssystem verbunden ist. Im Klar-
text: Am Anfang der Operation muß stehen, daß die Bundes-
anstalt wieder volle Beiträge für die Arbeitslosen an die Renten-
versicherung zahlt, wie dies 1982 noch der Fall war. Durch Blüms
Verschiebepolitik entstehen der Rentenversicherung seit-
her alljährlich Einnahmeverluste von 5,6 Milliarden D-Mark. Das
muß unbedingt korrigiert werden. Und damit steht erneut die
Frage, ob Blüm dafür die Zustimmung des Finanzministers ge-
winnen kann.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verständiger Lesener
mit unserem Publikums-
Rechenapparat



Zum dritten: Es ist gewiß ein richtiger Vorschlag des Arbeitsministers, die Risiken, die der Rentenversicherung durch den ungünstigen Altersaufbau entstehen, von den Beitragszahlern, von den Rentnern und vom Staat gemeinsam tragen zu lassen. Aber, dazu gehört noch ein viertes Standbein. Wenn es wahr ist, daß eine arbeitsplatzorientierte Finanzierung unseres sozialen Sicherungssystems durch den Arbeitsplatzschwund in Folge der technologischen Wandlungsprozesse in Schwierigkeiten geraten ist und künftig noch stärker geraten wird, dann muß auch hier angesetzt werden. Dann gehört die Erhebung eines Wertschöpfungsbeitrages zu den unverzichtbaren Bestandteilen einer dauerhaften Konsolidierung.

Ein viertes, und auch das ist ganz sicher ernstzunehmen: Gemeinsamkeit in der Rentenpolitik kann nicht darin bestehen, daß der Arbeitsminister einen Vorschlag erarbeitet läßt und dann den Fraktionen anheim stellt, sich diese Strategie zu eigen zu machen. Gemeinsamkeit zum Nulltarif kann und wird es nicht geben. Das wird übrigens umgekehrt auch für einen sozialdemokratischen Arbeitsminister nach der Wende der Wende gelten.

Was heißt das in der politischen Praxis? Alle großen Bundestagsparteien haben Vorstellungen zur Reform der Rentenversicherung erarbeitet. Diese gilt es zusammenzuführen, wenn man wirklich gemeinsames Handeln anstrebt. Da war es schon ein großer Fehler, daß der derzeitige Arbeitsminister im Alleingang die Gleichstellung von Mann und Frau in der Hinterbliebenenversorgung löste. In diesem Stile weiterzufahren, hieße, von vorneherein auf Konfrontationskurs zu gehen. Das aber wäre das Schlimmste, was man der Rentenversicherung - und damit auch dem Sicherheitsbedürfnis unserer Bürger im Rentenalter - antun könnte.

Es stimmt: Die Alterssicherung verträgt den Parteienstreit nicht. Sie verträgt aber auch keine kurzatmigen Lösungen. Was in der kommenden Legislaturperiode zur Entscheidung ansteht, soll schließlich in das nächste Jahrtausend ragen. Das wiederum heißt, daß neben dem dringend notwendigen Grundkonsens der Parteien

- a) über die Solidarpflicht der Generationen,
- b) über eine saubere Gliederung einschließlich sauberer Risikozuweisungen im sozialen Sicherungssystem,
- c) über den Verzicht auf eine Privatisierung des Risikos Alters,
- d) über die volle Mithaftung des Staates,

noch ein paar andere Fragen geklärt und einvernehmliche Lösungen erarbeitet werden müssen. Beispielhaft dafür seien nur angeführt: Wie steht es mit der Grundsicherung in der Alterssicherung? Wie ist eine Harmonisierung der Alterssicherungssysteme zu erreichen? Und ist die derzeit praktizierte Selbstverwaltungsregelung wirklich optimal?

Man sieht, richtig verstandene Gemeinsamkeit in der Rentenpolitik bedingt ein hohes Maß an Übereinstimmung in Grundsatzfragen und die Bereitschaft zu großer Flexibilität bei der Regelung der noch umstrittenen Einzelprobleme. Diese Übereinstimmung ist möglicherweise noch eher zu erreichen, als die Verständigung zwischen den Sozialpolitikern und den Finanzpolitikern über eine langfristige Finanzierungslösung. Wir Sozialdemokraten sind hier im Dialog mit unseren Finanzexperten ein gutes Stück weitergekommen. Blüms kurzatmige Rentenpolitik - zumindest die bisher Erkennbare - läßt befürchten, daß schon im Unionslager hier die Unklarheiten überwiegen. Nimmt man da noch den FDP-Koalitionspartner und dessen renten- und finanzpolitische Vorstellungen dazu, dann wird man sagen müssen: Die Wende-Fraktionen sind derzeit in der Rentenfrage noch nicht verhandlungsfähig.



Kommunalpolitik - ein wichtiger Teil sozialdemokratischer Reformpolitik (Teil I)

Die Zeit der feinen Zurückhaltung der Kommunalpolitiker ist vorbei

Von Peter Klein

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik
in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (Bundes-SGK)

In Parteitage wird immer hineingehorcht, was sie für wen bringen. Liest man die wichtigsten Anträge für den in diesem Monat stattfindenden Parteitag, so handelt es sich innenpolitisch gesehen vor allem um die thematische Gemengelage Wirtschaft, Soziales und Finanzen. Und natürlich Energie-(Kernenergie-)Politik. Sucht man in den Anträgen nach den vorgeschlagenen konkreten Maßnahmen, mit denen die Massenarbeitslosigkeit zu lindern, der Umweltschutz voranzubringen, die Energiepolitik auf neue Grundlagen zu stellen oder den aus der Dauerarbeitslosigkeit herrührenden „neuen Armen“ zu helfen ist, so fällt auf, daß die wichtigsten und erfolgversprechendsten Maßnahmen und Instrumente direkt (mindestens aber vermittelt) etwas mit Kommunalpolitik zu tun haben. Die neue „Reformpolitik“ der SPD bedient sich, zur Überraschung mancher aus der Kommunalpolitik, an hervorragender Stelle der Kommunalpolitik. Ob dies allerdings den Absendern der Anträge oder gar der Öffentlichkeit bewußt ist oder wird, muß noch abgewartet werden. An drei Beispielen (Wirtschaftspolitik, Energiepolitik, Sozialpolitik) soll verdeutlicht werden, daß die These belegbar ist: Kommunalpolitik ist wichtiger Teil sozialdemokratischer Reformpolitik.

Wirtschaftspolitik

Neben allgemeinen normativen Aussagen zur Wirtschaftspolitik stehen für konkretes Handeln vor allem folgende zwei konkrete Instrumentarien zur Verfügung. Zum einen das von der SPD entwickelte Programm „Arbeit und Umwelt“ und zum anderen Investitionen im kommunalen Bereich. Die notwendige öffentliche Nachfrage, die auf die Schaffung von zusätzlichen und dann auch noch nützlichen Arbeitsplätzen zielt - so die wirtschaftspolitische Philosophie -, soll den aus dem Gleichgewicht geratenen Arbeitsmarkt wieder einigermaßen austarieren. Kommunale Investitionen sind das Geheimnis dieser „neuen Wirtschaftspolitik“. Denn auch das Programm „Arbeit und Umwelt“ zielt zentral auf kommunale Umweltschutzinvestitionen. Die weiter vorgeschlagenen kommunalen Investitionen (im 2. Abschnitt des wirtschaftspolitischen Antrages), gehen dann natürlich weit über den Umweltschutzansatz hinaus. Hier werden klassische Infrastrukturmaßnahmen für die Städte und Kreise vorgeschlagen.

Energiepolitik

Die SPD wird sich wohl auf ein konkretes Konzept für den Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie verständigen. Zum verantwortungsvollen Ausstieg aus der Kernenergie gehören zentral folgende zwei Maßnahmen: Energiesparen und bessere Ausnutzung des Primärenergieeinsatzes. Beides hat zentral mit Kommunalpolitik zu tun. Energiesparinnovationen, Energiesparberatung der Bürger, Kraft-Wärme-Kopplung, vernünftige Planung der Versorgung mit leitungsggebundener Energie und vieles andere mehr sind kommunale Aufgaben. Allerdings: sie müssen durch Rahmgebung des Gesetzgebers unterstützt

oder eingeleitet werden. Wer den Ausstieg aus der Kernenergienutzung verantwortungsvoll will, wird sich darauf konzentrieren müssen, die „Kommunalisierung der Energieversorgung“ zur zentralen Aufgabe der Zukunft zu erklären. Nur am Rande sei bemerkt, daß die Großstromerzeuger dann vor einer solchen Strategie der kommunalen Energieversorgung nicht zurückschrecken müssen, wenn sie ihre Unternehmensziele um diesen neuen Aspekt erweitern und ihre natürlichen Verbündeten bei dem Umsteuerungsprozeß vor allem in der Kommunalpolitik suchen.

Sozialpolitik

Gerade weil die Sozialpolitiker in der SPD auch in dem vorgelegten Leit Antrag des Parteivorstandes grundsätzlich darauf bestehen, daß die großen sozialen Risiken der Menschen bei Arbeitslosigkeit, bei Krankheit im Alter von öffentlichen Systemen aufgefangen werden müssen, weisen sie der konkreten örtlichen Sozialpolitik eine herausragende Rolle zu. Diese alte und neue Aufgabe bedarf nicht nur in der Zukunft aufgrund demographischer neuer Entwicklungen zusätzlicher Finanzmittel, sondern es wird auch darum gehen, bei einer immer „älter“ werdenden Gesellschaft neue, und dann nur in den Kommunen zu entwickelnde Dienstleistungen und Dienstleistungssysteme zu schaffen.

Auf der Grundlage einer solchen Beurteilung dessen, was sich der Parteitag vorgenommen hat, müßte jeder Kommunalpolitiker jubeln. Zufriedener mit seiner SPD kann er auf jeden Fall sein, denn bisher spielte Kommunalpolitik immer nur eine Randrolle. Nun scheint in der SPD begriffen worden zu sein: Sozialdemokratische Reformpolitik ist zum guten Teil richtiger Einsatz einer funktionsfähigen Kommunalpolitik. Denn: Kommunalpolitik bietet nicht nur in jedem einzelnen Ort Chancen zu kleinen Reformschritten, sondern sie ist deswegen Reformpolitik an sich, weil die politischen Ergebnisse in 8.500 Kommunen zusammengenommen wesentlich mehr sind als die Summe der Teile.

Dennoch: die Kommunalpolitiker müssen immer wieder mahnen. Sie können nicht zufrieden sein. Wie immer: Es fehlt das nötige Geld, um das, was auf der Maßnahmensseite vorgeschlagen wird, in die Praxis umzusetzen. Die finanzpolitischen Vorschläge, die auch in einem Leit Antrag für den Parteitag vorliegen, sind relativ abstrakt wie die Forderung nach einer Gemeindefinanzreform. Zudem ist die Reichweite der konkret vorgeschlagenen finanzpolitischen Maßnahmen, wie zum Beispiel die Revitalisierung der Gewerbesteuer, hinsichtlich eines möglichen ausreichenden Finanzauskommens unzureichend.

Das reformpolitische Umbauprogramm der SPD, das ohne eine stabile Kommunalpolitik nicht funktioniert, hat keine ausreichende finanzpolitische Grundlage. Jeder Politiker weiß, weder der Bund noch die Länder, geschweige denn die Europäische Gemeinschaft, werden den Kommunen von ihrem Finanzkuchen etwas abgeben. Jeder weiß aber auch: die Verteilungsfrage zwischen öffentlichem und privatem Sektor neu zu stellen ist in der SPD - noch - ein politisches Tabu. Damit wird und bleibt die Finanzierungslücke offensichtlich.



Um so teurer ist jetzt der gute Rat, den der Kommunalpolitiker von Bundes- und Landespolitikern erwarten muß. Schließlich wird die sozialdemokratische Kommunalpolitik „geschichtlich“ nicht verantworten wollen, daß an ihr die richtige und wichtige Reformpolitik in Zukunft scheitert.

Deshalb müssen die Kommunalpolitiker fordern, daß konkrete Schritte unternommen werden, die sich mit der zentralen Finanzierungsfrage auch für eine kurzfristige Phase beschäftigen. Zur Vorbereitung des Bundesparteitages hat der Vorstand der Bundes-SGK sich genau hiermit befaßt. Seine Forderungen lauten:

1. Die Erhaltung der wenigen bewährten rechtlichen Instrumentarien, die wirtschaftspolitische Eingriffe des Staates effektiv erlauben, ist eine wichtige aktuelle Forderung. Dazu zählt das Städtebauförderungsgesetz. Für Kommunalpolitiker der SPD ist es nicht verständlich, daß SPD-Städtebauminister und -Ministerpräsidenten diesen Finanzierungstatbestand gemeinsam mit den konservativen Landesregierungen aufheben wollen. Der Parteivorstand der SPD hat sich in dieser Frage einstimmig auf die Seite der Kommunalpolitiker geschlagen.
2. Einführung der vorgeschlagenen Energieabgaben im Rahmen des Programms „Arbeit und Umwelt“, wobei deutlich gemacht werden muß, daß diese zusätzlichen Finanzmittel bei weitem nicht ausreichen werden, das Umbauprogramm zu finanzieren.
3. Eine pragmatische, das heißt schnell realisierbare und wirksame Veränderung der Gemeindefinanzstruktur fordert der Vorstand der Bundes-SGK. Er geht dabei zwei Wege, die in Form eines Antrages für den Bundesparteitag vorliegen (Westliches Westfalen).
 - o Zum einen wird eine Entlastung für zwei wesentliche, die Kommunen permanent und überproportional finanziell belastenden Ausgabenposten verlangt. Das Arbeitslosenversicherungssystem und nicht die Kommunen hat die Folgen der Dauerarbeitslosigkeit zu tragen. Die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker fordern deshalb, die Fördersätze der Arbeitslosenhilfe durch Reform des Arbeitsförderungsgesetzes so zu erhöhen, daß sie immer über den Sozialhilfesätzen liegen. Im übrigen müssen die Anspruchsfristen für die Gewährung von Arbeitslosenhilfe entscheidend verlängert werden.
 - o Der zweite Ausgabenposten ist die zusätzliche Finanzierung im Pflegefall. Hiervon müssen die Kommunen freigestellt werden. Die Finanzierung erfolgt in Zukunft durch eine Pflegefallversicherung oder durch ein Leistungsgesetz.

(-/13.8.1986/st/ks)

* * *

(Teil II folgt in der morgigen Ausgabe)

Dollingers Verkehrspolitik ist gescheitert

Öffentlicher Personennahverkehr verkommt zur Randgröße

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Dollingers Verkehrspolitik ist ohne eine mittel- und langfristig tragfähige Konzeption. Selbst dort, wo der Bundestag einstimmig - im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs - ein Konzept angefordert hat, hat der Bundesverkehrsminister bis heute lediglich Fehlanzeigen vorzuweisen. Alles, was als Erfolg der Verkehrspolitik ausgegeben wurde, erweist sich immer mehr als reines Strohfeder:

- a) Wir haben eine erneute hohe Steigerung der Verkehrsunfallzahlen.
- b) Die Sanierung der Deutschen Bundesbahn kippt nach dem Jubiläumsjahr um. Die rosarote Sicht wird immer stärker geschwärzt. Die Einnahmen im Güterverkehr werden am Ende des Jahres 1986 um circa 500 Millionen DM unter den Planzahlen liegen. Der Fehlbetrag steigt weiter. Die Kreditaufnahme muß um 2,5 Milliarden DM erhöht werden.

Nun rächt es sich, daß der Bahnvorstand allein gelassen wurde. Die Bundesregierung hat sich als Eigentümer aus der politischen Verantwortung gestohlen. Damit wird immer deutlicher, daß die DB-Leitlinien der Bundesregierung gescheitert sind. Nötig ist politisches Handeln, wie es die Sozialdemokraten in ihren beiden Gesetzentwürfen zur Deutschen Bundesbahn formuliert haben.

- c) Der öffentliche Personennahverkehr verkommt bei diesem Bundesverkehrsminister zu einer Randgröße. Dabei wäre es angebracht, daß allein schon auf Grund der demographischen Entwicklung attraktive und wirkungsvolle Konzepte für den ÖPNV erarbeitet werden.
- d) Das Straßengüterverkehrsgewerbe ist auf Grund einer verfehlten EG-Politik der Bundesregierung in seiner Existenz gefährdet. Damit stehen zehntausend mittelständische Unternehmen und hunderttausende von Arbeitsplätzen in Gefahr, vernichtet zu werden.

Dies alles zeigt, daß diese Bundesregierung auch in der Verkehrspolitik nicht handlungs- und gestaltungsfähig ist.

(-/13.8.1986/st/ks)

* * *

